Hat Hitler ins Amt gehievt: Reichspräsident Paul von Hindenburg
Foto: dpa | UPI

Keine Ehre mehr, wem keine gebührt

Die Hindenburgstraße in Hamburg wollen Linke, Grüne und SPD im Bezirk Nord umbenennen. Anwohner*innen sollen mit nach einem neuen Namen suchen

Von **Theresa Moosmann**

1917 wurde Paul von Hindenburg Ehrenbürger Hamburgs, 1926 wurde eine Straße nach ihm benannt. Jetzt soll sie nach knapp 100 Jahren umbenannt werden – das fordern die Fraktionen von Grünen, SPD und Linken in ihrem Antrag, der am heutigen Donnerstagabend in der Bezirksversammlung Nord diskutiert wird. Die Straße verläuft durch die Stadtteile Alsterdorf und Winterhude. Auf ihrer Strecke befindet sich auch die Hindenburgbrücke, die ebenfalls umbenannt werden soll.

Die Linke hatte Ende vergangenen Jahres einen ersten Antrag in der Bezirksversammlung gestellt, die Hindenburgstraße nach dem Hamburger Schriftsteller Wolfgang Borchert zu benennen. Dieser konkrete Vorschlag ist im jetzigen, gemeinsamen Antrag von Grünen, SPD und Linken nicht mehr enthalten. „Wir finden, dass es Zeit für eine Frau wäre", sagt Timo Kranz von der Grünen-Fraktion Nord.

Nur 474 Straßen in Hamburg sind nach Frauen benannt, das entspricht 14 Prozent aller nach Personen benannten Straßen. In 66 Fällen davon sind Frauen allerdings nur nachträglich mitgenannt worden, sie teilen sich den Straßennamen also mit Männern.

Das erste Mal waren die Grünen 1988 mit einem Antrag auf Umbenennung der Hindenburgstraße gescheitert. 2013 hatten die Grünen den Vorschlag erneut eingebracht, unterstützt von SPD und FDP im Bezirk. Die Umsetzung scheiterte jedoch am Veto des Hamburger Senats. Der damalige SPD-Fraktionschef und heutige Finanzsenator Andreas Dressel sagte dazu dem *Hamburger Abendblatt*: „Das Eliminieren von Geschichte ist ahistorisch."

Der Kompromiss: Der 1,3 Kilometer lange Teil der Hindenburgstraße zwischen Borgweg und Jahnring wurde nach dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Otto Wels benannt. Wels hatte 1933 trotz Anwesenheit von SA-Männern im Saal gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt, welches das Ende der parlamentarischen Demokratie besiegelte. Ab dem Jahnring blieb der Name Hindenburgstraße, deren Namensgeber als Steigbügelhalter Hitlers gilt. Als Reichspräsident hatte Paul von Hindenburg Hitler zum Reichskanzler ernannt.

taz salon hamburg
Welche Linke braucht's nun?
6.2. live und im Stream!
taz.de/salon

Den Gegensatz zwischen beiden Namen findet die CDU-Fraktion im Bezirk Nord erhaltenswert. „Wir glauben, dass die Teil-Umbenennung von 2013 das richtige Signal für eine historische Einordnung setzt", sagt Fraktionschef Andreas Schott. Wenn auch der verbliebene Rest der Hindenburgstraße umbenannt würde, würde das den Kontext für die Otto-Wels-Straße wieder entfernen, sagt Schott. Die CDU will deshalb gegen den Antrag stimmen.

Die grundsätzliche Frage ist, ob Personen, nach denen Straßen benannt sind, regelmäßig auf die heutige Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz überprüft werden müssen. Schott findet das nicht. „Straßennamen müssen im Kontext ihrer Zeit verstanden werden", so der Fraktionsvorsitzende. Sie zu ändern, gleiche einer „historischen Säuberung der Stadt".

Kranz rechnet trotzdem mit einer Mehrheit für den Antrag. Bei der Namensfindung soll die Nachbarschaft einbezogen werden. „Wenn der Antrag angenommen wird, können Anwohner*innen dem Bezirksamt per E-Mail Vorschläge für künftige Namen zukommen lassen", sagt Kranz. Anschließend würden diese in den Regionalausschüssen Winterhude und Alsterdorf diskutiert, da die Straße in beiden Stadtteilen liegt. Im Frühjahr soll dann der endgültige Namensvorschlag in der Bezirksversammlung Nord abgestimmt und dem Senat vorgelegt werden.

Timo Kranz schätzt die Chancen auf einen Erfolg deutlich besser ein als 2013. „Wir sind noch mal zehn Jahre weiter", sagt Kranz. Auch wenn von den Anwohner*innen Gegenwind zu erwarten sei. „Klar ist es nervig, seine Adresse zu ändern, das betrifft bei einer so langen Straße auch viele", sagt er. Diesen Aufwand mit den inhaltlichen Argumenten abzuwägen, sei allerdings wie „Äpfel mit Birnen vergleichen". Eine Straßenbenennung sei eine Ehrung, so Kranz, und diese könne man im Falle Hindenburgs nicht stehen lassen.

Einige Male wurde der Name Hindenburg bereits aus dem Hamburger Straßenregister entfernt – wenn auch nicht aus politischen Gründen, sondern um Verwechslungen zu vermeiden. Acht Straßen mit seinem Namen gab es einst, wie ein Adressbuch von 1949 belegt. Nun ist nur noch eine übrig. Womöglich nicht mehr lange.

Umbenennungen sind selten

In Hannover wurde die Hindenburgstraße im vergangenen Jahr in Loebensteinstraße umbenannt. Die Namensgeberin ist Lotte-Lore Loebenstein, ein jüdisches Mädchen, sie wurde im KZ Sobibor ermordet.

Die Umbenennung dauerte mehrere Jahre, da Anwohner*innen gegen den Beschluss des Stadtbezirksrats zur Umbenennung geklagt hatten. Das Lüneburger Oberverwaltungsgericht entschied jedoch, dass eine Umbenennung rechtmäßig sei.

In Clausthal-Zellerfeld, einer Gemeinde in Niedersachsen, ging das deutlich schneller: Bereits im Jahr 2004 wurde dort der Hindenburgplatz in „An der Marktkirche" umbenannt.

In vielen anderen norddeutschen Städten gibt es die Hindenburgstraße bis heute immer noch. Etwa in Bad Oldesloe, Bremen, Delmenhorst, Lüneburg und auf der ostfriesischen Nordseeinsel Borkum.

reingefallen

Husum nimmt Schobüll das Freibad weg

Für das Örtchen Schobüll an der Nordsee kam es letzten Sommer gleich doppelt dick. Im Bericht zur Badewasserqualität wurde die dortige Meerbadestelle wegen Verschlickung als „mangelhaft" bewertet. So eine Meldung machte früher nichts, denn es gab ja noch das Freibad direkt am Ufer aus den 1970er-Jahren. Doch das will die Stadt Husum jetzt abreißen lassen. Die Fläche soll zusammen mit dem Gelände des früheren Campingplatzes an den Investor „Destinature" verpachtet werden. Der plant ein Naturressort mit urigen Holzhütten, wie es eines schon in Hitzacker im Wendland gibt.

Im Eingemeindungsvertrag steht aber schwarz auf weiß, dass das Freibad bleiben soll

Dass Husum über Schobüll bestimmen kann, liegt daran, dass sich das Dorf 2007 eingemeinden ließ. In dem Vertrag dazu steht aber schwarz auf weiß, dass neben Kindergarten, Grundschule, freiwilliger Feuerwehr und Dorfhaus auch das Freibad bleiben soll. Wörtlich: „Die Stadt Husum garantiert den Erhalt."

Und es wurde geregelt, dass, um die „Mitbestimmung" zu gewährleisten, eine „Schobüller Vertretung" gewählt wird, die bei allen den Ort betreffenden Angelegenheiten zeitig informiert und gehört werden muss. Die Vertretung gibt es, sie wird regelmäßig gewählt und hat zehn Mitglieder. Sie und ihr Vorsitzender Sven Henningsen waren nun gar nicht einverstanden mit dem Freibad-Abriss. Zumal das neue Naturressort lediglich eine kleine Badegelegenheit – eingebettet in den dortigen „Wellnessbereich" – versprach. Als im Oktober die Bagger anrollen sollten, erwirkte die „Schobüller Vertretung" im Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht den Abriss-Stopp. Das Gremium sei befugt, die ehemalige Gemeinde zu vertreten und auf Einhaltung des Vertrags zu pochen, befanden die Richter. Und demnach wäre der Freibadrückbau „rechtswidrig".

Doch nun entschied das Oberverwaltungsgericht Schleswig-Holsteins im Hauptverfahren, dass die „Schobüller Vertretung" gar nicht „im eigenen Namen" den Erhalt des Freibads fordern könne. Hätte sie doch nur „Informations- und Anhörungsrecht". Über die Wahrung der Interessen der früheren Gemeinde habe die „Kommunalaufsicht" zu wachen.

Sven Henningsen ist konsterniert. „Wenn dieses Urteil Bestand hat, dann sind zwangsläufig alle Eingemeindungsverträge ‚null und nichtig'", sagt er. „Somit wäre es das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben wurde." Die Schobüller erwarteten weiter, dass sich Husum an den Vertrag hält. Das gelte auch für die Eingaben für den Bebauungsplan. Das Konzept des Hüttendorfs passe „eher in den Wald, aber nicht an die stürmische Küste".

Husum argumentiert, das Freibad wäre marode, die Reparatur zu teuer. Zugleich plant die 23.000-Einwohner-Stadt den Neubau seines Hallenbades, setzt also Prioritäten. Im Kieler Innenministerium, zuständig für die Kommunalaufsicht, musste man sich erst mal kundig machen. Beim Gemeindetag hieß es, der Fall sei sehr ungewöhnlich. Dass ein kleiner Ort von einem großen eingemeindet wird, sei in den letzten 20 Jahren nur dort passiert. Wenn es Fusionen gab, dann von eher gleich großen Gemeinden „auf Augenhöhe". Ist wohl auch besser so.

Kaija Kutter

taz nord

Die taz nord vermietet zwei ruhige Büros

im Hamburger Schanzenviertel, Stresemannstraße 23.
Die Räume im 3. OG sind **29** und **15 qm** groß,
Küche und Toiletten sind zur Mitnutzung.
Der Bus hält fast vor der Tür,
zur Bahn sind es 10 Minuten Fußweg.

Die Warmmiete beträgt 705 beziehungsweise 380 Euro plus einer Stromkostenpauschale von 40 Euro pro Arbeitsplatz (zzgl. MwSt.)

Anfragen bitte an: vermietung@taz-nord.de